

Bitte stören



Personalratswahlen
10. und 11. Mai 2017
Liste 1 GdP



Personalratswahlen 2017 – Den Rückenwind jetzt nutzen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,



im zurückliegenden Jahr haben wir als GdP wieder richtig Fahrt aufgenommen, ob im Bereich der personellen Ausstattung, der Sachausstattung, der Beförderungssituation oder der Organisationsfortentwicklung. Nach Jahren des Stillstandes und der „kleinen Schritte“ unter dem Druck der Schuldenbremse haben wir im vergangenen Jahr endlich eine Trendwende geschafft.

Uns sind nach schwierigen Jahren jetzt wieder in vielen Bereichen Verbesserungen gelungen. Wir sind als Gewerkschaft der Polizei in der Vorwärtsbewegung. Die angespannte Sicherheitslage hat das Thema „Innere Sicherheit“ wieder in den öffentlichen Fokus gerückt. Wir haben augenblicklich Rückenwind, weil die Rahmenbedingungen einer sehr guten Konjunktur und einer positiven Kreditzinsentwicklung gewisse Spielräume eröffnet haben. Das alles darf nicht darüber hinweg täuschen, dass uns noch die schwierigsten Jahre der Schuldenbremse bevorstehen. Mit Blick auf den im Jahr 2020 beginnenden Länderfinanzausgleich „neu“ (500 Mio. Euro für das Saarland) wollen wir jetzt schon den derzeitigen Rückenwind nutzen und die Zukunft unserer Polizei mitgestalten.

Maßstab ist hierbei insbesondere unsere Mitgliederbefragung und die sich daraus für uns ergebenden Schlussfolgerungen. In einigen zentralen Themen haben wir schon positive Veränderungen herbeigeführt.

Der **Personalabbau** konnte im Beamtenbereich durch die Erhöhung der Einstellungszahlen für Polizeianwärterinnen und -anwärter auf

110 sowie der Möglichkeit einer freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung über das Haushaltsjahr hinaus von bis zu 30 Kolleginnen und Kollegen jährlich gebremst, aber nicht gestoppt werden.

Im **Tariffbereich** wurde zumindest ein temporärer Stellenaufbau durch die Schaffung von rund 40 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Unterkunftswachen sowie der befristeten Einstellung von rund 65 Tarifbeschäftigten in den Bereichen POD, IT, Staatsschutz, Ermittlungsbeschäftigte und der Sachbearbeitung erreicht. Die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen ist trotzdem weiter zu hoch.

Eine nachhaltige Verbesserung der **Beförderungssituation** haben wir durch die auf dem Verhandlungswege erzielte Erhöhung des Beförderungsbudgets der Landesverwaltung von 1 Mio. Euro auf 1,6 Mio. Euro erreicht. Damit wurde der Budgetanteil der Polizei um rund 100.000 Euro erhöht. Zusammen mit dem von uns vereinbarten „Generationenpakt 2“ in Höhe von 200.000 Euro wurde das Beförderungsbudget um 300.000 Euro erhöht! Damit beträgt das Gesamtbeförderungsbudget rund 480.000 Euro.

Aktuell bereitet die Situation im Bereich der Beförderung von A9 nach A10 sowohl bei den Fachhochschulern und -schülerinnen als auch bei den prüfungsfrei Übergeleiteten massive Probleme. Auf unsere Initiative bei Staatssekretär Seel wurde im Dezember 2016 eine Arbeitsgruppe „Regelbeförderung A 10“ eingerichtet. In diesem Zusammenhang drängen wir als GdP auch darauf, dass die Themen „Dienstpostenbewertung“ und „periodische Regelbeurteilung“ auf den Prüfstand gestellt werden.

In unserer Mitgliederbefragung forderten viele Kolleginnen und Kollegen eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Auch hier konnten wir in den Verhandlungen mit der Landesregierung erste Erfolge erzielen. Wir haben z.B. die Einführung der Familienpflegezeit, der generationenübergreifenden Elternzeit sowie die Ausdehnung der Dienstbefreiung bei Erkrankung eines Kindes von 4 auf 10 Tage

(!) durchgesetzt. Die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie sowie die Begrenzung der Arbeitszeit am Wochenende sind wichtige Themen, die wir in den Entwurf der Dienstzeitvereinbarung eingebracht haben und ebenfalls umsetzen wollen.

Wir haben nach sieben Jahren hartnäckigen „Bohrens dicker Bretter“ endlich die **Strafverschärfung** des § 113 StGB erreicht. Der neue Schutzparagraf wird klarmachen: Wer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreift, muss mit einer Haftstrafe rechnen. Die Tatbegehungsform des tätlichen Angriffs wird nach den Plänen von Bundesjustizminister Heiko Maas aus § 113 StGB herausgelöst und in § 114 StGB-E als selbständiger Straftatbestand mit verschärftem Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet. Der Rechtschutzverlass aus dem Jahr 1987 (!) wurde auf Initiative der GdP überarbeitet und ermöglicht erstmals die realistische Chance, für unsere Kolleginnen und Kollegen dienstlichen Rechtsschutz im Strafverfahren zu erlangen. Wir arbeiten an einer Regelung zur Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn, der die Übernahme von nicht durchsetzbaren **Schmerzensgeldansprüchen** unserer Kolleginnen und Kollegen garantieren soll.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, trotz aller Widrigkeiten haben wir viel erreicht. Es ist uns gelungen, wichtige Forderungen aus unserer Mitgliederbefragung umzusetzen. Es liegt aber noch vieles vor uns, was in den Erwartungshaltungen zum Ausdruck kam. Eine starke Personalvertretung hat ihre Wurzeln in einer starken Gewerkschaft. Deshalb entscheidet ihr bei dieser Personalratswahl nicht nur über die Zusammensetzung der Personalräte. Ihr entscheidet auch darüber, wer am Verhandlungstisch sitzt und eure Interessen durchsetzt. Die GdP hat in der Vergangenheit oft bewiesen, dass sie sich auch gegenüber der Politik durchsetzen kann. Sie will auch in Zukunft mit ihrem starken Nachwuchs die bestimmende Kraft sein. Gebt deshalb bitte eure Stimme unseren Kandidatinnen und Kandidaten!
DANKE!

Euer Ralf Porzel

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten - Unsere Themen - Unsere Ziele



Spitzenkandidat HPR

Ich bin Ralf Walz, 57 Jahre alt, bin verheiratet, habe 2 Kinder (23 und 26 J.). Seit 1985 bin ich Polizeibeschäftigter. Ab 2005 bin ich ordentliches Mitglied des Hauptpersonalrates beim MfS und seit 2010 dessen Vorsitzender. In dieser Funktion bin ich freigestellt.

Als gelernter Schreinermeister war ich zunächst als Arbeiter beschäftigt, bevor ich nach meiner Zusatzausbildung als Fachkraft für Arbeitssicherheit ins Angestelltenverhältnis übernommen wurde. Obwohl es die Trennung der Gruppen seit dem Inkrafttreten des TV-L im Jahre 2006 offiziell nicht mehr gibt, war und ist es für meine Personalratsarbeit hilfreich, die Sorgen und Nöte nicht nur einer Gruppe zu kennen. Die Entgeltordnung zeigt uns schließlich, dass es immer noch Unterschiede zwischen den Gruppen gibt. Innerhalb der GdP bin ich auch Mitglied der Bundestarifkommission und deshalb in Tarifangelegenheiten immer auf einem aktuellen Stand. Die Voraussetzung, etwas gut zu machen, ist, es gerne zu machen, und ich mache sehr gerne Personalratsarbeit.

Wir Tarifbeschäftigten, egal ob in der Polizei, beim Ministerium oder bei der Fachhochschule für Verwaltung, brauchen eine starke Interessenvertretung, deshalb bitte ich euch: Nehmt euer Wahlrecht wahr und wählt die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP. Wir können Personalrat!

Tarifbeschäftigten Festeinstellung und Weiterqualifizierung sichern



Alle im Rahmen der Sicherheitspakete befristet eingestellten Tarifbeschäftigten müssen Zukunftsperspektiven erhalten. Ohne Wenn und Aber!

Eine Weiterqualifizierung für unser Bestandspersonal im Tarifbereich ist nach wie vor eine Forderung der GdP und unverzichtbar für die berufliche Weiterentwicklung.

Die unsägliche Wiederbesetzungssperre von einem Jahr muss endlich wegfallen. Alle Stellen müssen umgehend nachpersonalisiert werden!



Spitzenkandidat PHPR

Markus Summa, Jahrgang 1964, verheiratet, zwei Kinder (19 J. und 14 J.), seit 1984 Polizeivollzugsbeamter, z.Zt. freigestellter Dienstgruppenleiter der PI Völklingen und seit dem 01. Juni 2005 im Polizeihauptpersonalrat:

Mein Handeln ist im Wesentlichen ausgerichtet am Maß gegenseitigen Vertrauens. Der deutsche Theologe Adolf von Harnack hat einmal gesagt: „Nichts kann den Menschen mehr stärken als das **Vertrauen**, das man ihm entgegenbringt.“ Diese Lebensweisheit drückt für mich im Kern das aus, was jede und jeder Wahlberechtigte für die bevorstehenden Personalratswahlen für sich entscheiden sollte: **„Welchen Personen auf welcher Liste schenke ich mein Vertrauen, verbunden mit der Hoffnung, für die Bediensteten der saarländischen Polizei in den kommenden schwierigen Jahren das Beste erreichen zu können.“** Deshalb meine Bitte für die Personalratswahlen: Macht von eurem Wahlrecht Gebrauch! Ich - für meine Person - werde mich mit ganzer Kraft und viel Herzblut für E U C H und eure Anliegen einsetzen - versprochen!



Spitzenkandidat ÖPR des Präsidialstabs und der Direktionen

Ich heiße Dirk Britz, bin 53 Jahre, aus Lebach, verheiratet, habe einen Sohn (19 Jahre). Seit 1981 bin ich im Polizeidienst – in unterschiedlichen Verwendungen in operativen Dienststellen, Führungsstäben und Projektgruppen; GdP-Landesredakteur und GLV-Mitglied. Seit 2012 bin ich in „personalrätlicher Freistellung“, ab 2014 Vorsitzender des Örtlichen Personalrats für den Präsidialstab und die Direktionen (ÖPR PS/Dir): Der ÖPR PS/Dir vertritt in den nächsten vier Jahren gegenüber der Behördenleitung die Interessen von jetzt annähernd 1760 BeamtInnen und Tarifbeschäftigten aus den Direktionen 1-4, dem Präsidialstab und der Dienststelle „Besondere Ermittlungen und Korruption“. Die Konflikte, Anliegen, Sorgen und Nöte der Beschäftigten sind, wie auch die Dienststellen, hierbei von ganz unterschiedlichster Natur. Erfahrene GdP-Personalvertreter quer aus allen Dienststellen wollen und werden sich auch zukünftig für eure Interessen einsetzen. Bei enorm hohen Arbeitsbelastungen, verbunden mit einem allgegenwärtigen Personalmangel, werden wir insbesondere auf die Arbeitsbedingungen in allen Dienststellen des LPP ein besonderes Augenmerk haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer mich kennt, weiß, dass ich mich seit vielen Jahren mit großer Leidenschaft und ganzer Kraft als Personalvertreter und Gewerkschafter für die Belange, Sorgen und Nöte der Polizeibeschäftigten im Landespolizeipräsidium einsetze und streite. Dieser Verpflichtung und Verantwortung werde ich mit meiner langjährigen dienstlichen und personalrätlichen Erfahrung, eurem Vertrauen und eurer Wahl-Stimme für die GdP auch in Zukunft gerecht werden können. Ihr könnt euch weiterhin auf mich (uns) verlassen!



Arbeitsbelastung mindern

Uns Kriminalbeamten in der GdP gefällt überhaupt nicht, dass das Sicherheitsgefühl in unserer Bevölkerung erheblich beschädigt worden ist. Kriminalität darf nicht nur verwaltet, sondern muss wirksam bekämpft werden. Wir wollen mit genügend Ermittlern gute Arbeit abliefern.

Arbeitsbelastung, Wochenendeinsätze und Überstunden haben in der Bereitschaftspolizei eine Schmerzgrenze erreicht, die richtig weh tut. Ich werde mich im Personalrat dafür einsetzen, dass die Not der Kolleginnen und Kollegen in der Bereitschaftspolizei ein Ende hat.



Wir ziehen an einem Strang!



„... HABEN WIR ETWAS VERGESSEN ...?“

Vera Koch, amtierende Frauenbeauftragte und Kandidatin zur Neuwahl der Frauenbeauftragten der saarländischen Polizei



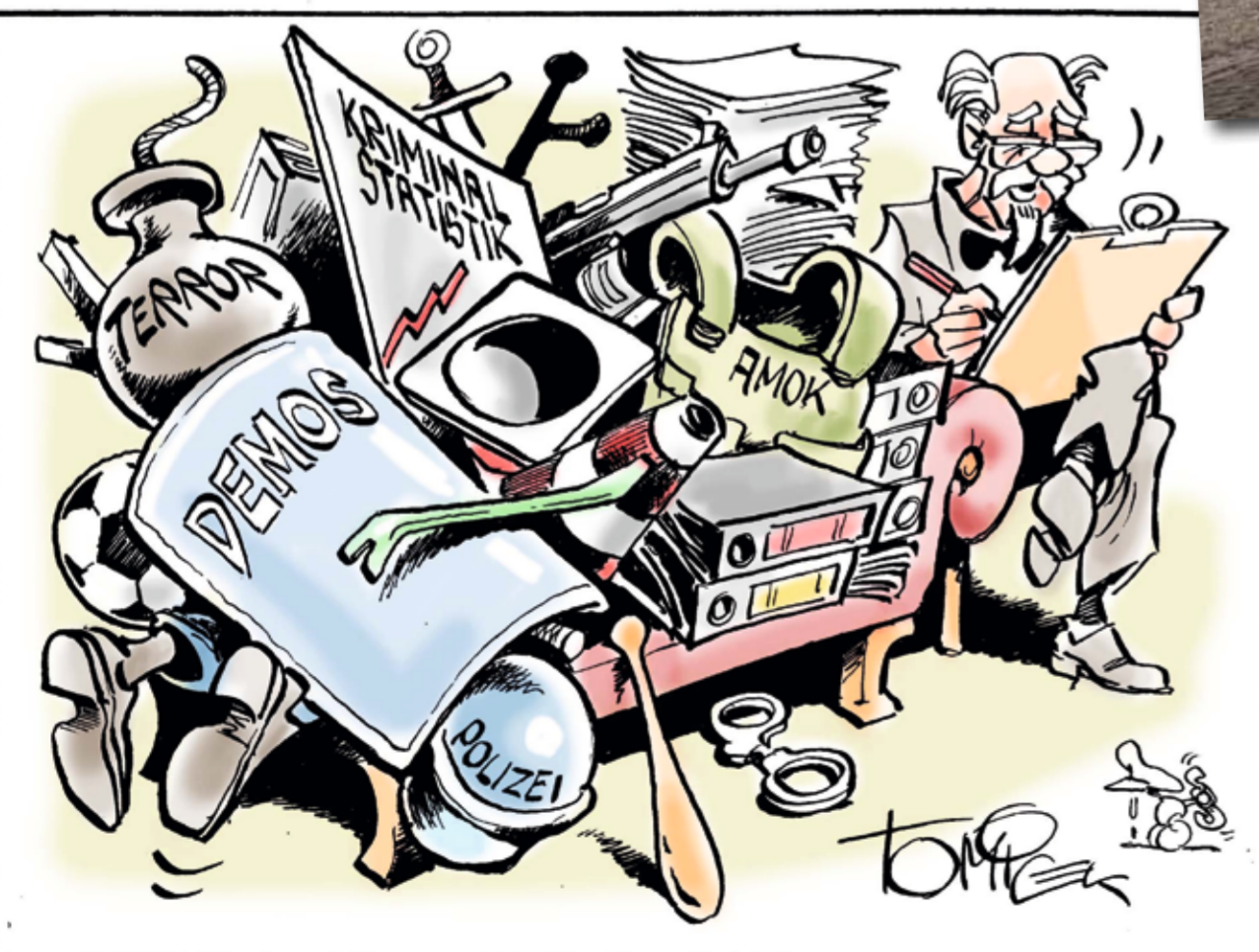
Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum mir beim Schreiben dieser wenigen Zeilen gerade ein Lied aus dem Jahre 1991 einfällt, kann kein Zufall sein. Der Liedermacher Klaus Hoffmann singt auf seinem Album „Zeit zu Leben“ - Wer steht für den anderen auf? Mich hatte das Lied damals schon sehr berührt. Wie so oft ist Musik vielen Menschen Motivation, Ansporn und macht Mut. Wenn Klaus Hoffmann nun singt, dass die anderen ohne Namen auf einem Seil ohne Netz sitzen, für die die Türen verschlossen sind, weil die besten Plätze schon besetzt sind, dann gebe ich ehrlich zu, dass mich das doch bewegt, wenn es um die Frage geht, welche Aufgabe man als Gewerkschafterin und auch in einer dienstlichen Funktion als Frauenbeauftragte in der Polizei zu bewältigen hat. Über 30 Jahre gewerkschaftliches Engagement und rund 15 Jahre Frauenbeauftragte in der saarländischen Vollzugspolizei lassen sicherlich die Frage aufkommen, ob es noch was zu entwickeln gibt und noch Atem für ein Mehr ist. Ich kann das nur eindeutig mit JA beantworten. Der aktuell aufgestellte Frauenförderplan macht viel Mut, dass es in der Polizei mit dem Thema der Vereinbarkeit und der Gleichstellung voran geht. Dennoch gibt es auch noch sehr viel zu tun. Das leidige Thema der Benachteiligung von in Teilzeit arbeitenden BeamtInnen muss nach wie vor engagiert vorangetrieben werden. Zeigen doch aktuelle Beschwerden, dass es noch viel zu tun gibt. Im Tarifbereich gilt es, dafür zu kämpfen, dass frische Akzente und Anreize zur Weiterentwicklung auf den Weg gebracht werden. Und hier kommt wieder das Lied von Klaus Hoffmann zum Tragen. Ja, gerne stehe ich weiterhin für andere auf. Aufrichtig, mutig und engagiert. Dabei stets ehrlich und ohne Lippenbekenntnisse, sondern durch Handeln. Ich bin froh, dabei die Gewerkschaft der Polizei und die Frauengruppe im Land und auf Bundesebene als UnterstützerInnen an meiner Seite zu wissen. Herzlichst, eure Vera!



Jordana Becker, PI Brebach

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Die Einführung der Familienpflegezeit, der generationenübergreifenden Elternzeit sowie die Ausdehnung der Dienstbefreiung bei Erkrankung eines Kindes – das hat meine GdP bereits erreicht. Unsere GdP-Personalräte treten dafür ein, dass weitere Verbesserungen wie Telearbeit und „24-Stunden-Kita“ im Landespolizeipräsidium umgesetzt werden. So kann ich meine Aufgaben als Dienstgruppenleiterin und Mutter miteinander vereinbaren.



„WAS BEDRÜCKT SIE, HEERE KOMMISSAR, ÄHM, FEDEU KOMMISSARIN?“

Steven Hahn, Spitzenkandidat JAV



Ich bin 21 Jahre alt und komme aus Großrosseln. 2014 wurde ich bei der saarländischen Polizei eingestellt (Jahrgang P36) und werde das Studium voraussichtlich im Frühjahr 2018 abschließen. Vor Beginn des Studiums habe ich 2013 mein Abitur absolviert und habe zwischen 2013 und 2014 zwei Semester Sport und Physik auf Lehramt für Gymnasien studiert. Von 2015 bis 2017 war ich Vorsitzender des Verbandes der Saarländischen Karnevalsjugend und konnte dort die ersten Erfahrungen in der Vorstandsarbeit sammeln. Die Wahlperiode der aktuellen Jugend- und Auszubildendenvertretung wird im Mai 2017 beendet sein, weshalb wir, 9 junge und motivierte Kolleginnen und Kollegen, dies als Chance nutzen wollen, uns in der Personalratsarbeit einzubringen. Nach 2 Jahren werden somit erneut die Weichen mit einem neuen hoch motivierten GdP-Team gestellt. Ich würde mich freuen, wenn ich mich als Vorsitzender, mit der gesamten Jugend- und Auszubildendenvertretung, für die Interessen der Studierenden einsetzen dürfte und ihr uns euer Vertrauen schenkt.

Beförderungstau auflösen

Bei unseren Beförderungen muss was passieren! Rund 1400 Kolleginnen und Kollegen sind in der A9! Sie erwarten zurecht, dass sie innerhalb eines vertretbaren Zeitraums eine Beförderung in die A 10 erfahren. Die Initiative für eine Regelbeförderung hat die GdP bereits ergriffen. Das haben unsere Kommissarinnen und Kommissare verdient!



Leistungsgerechte Besoldung entsprechend der Verantwortung und dem Dienstposten muss endlich Realität werden.



Spitzenkandidat ÖPR der Polizeiinspektionen

Mein Name ist Andreas Rinnert; ich bin 34 Jahre alt, PK, verheiratet, Vater von zwei Kleinkindern. 2004 bei der saarländischen Polizei eingestellt, anschließend 7 Jahre im WSD der PI Saarbrücken-St. Johann, seit 2014 stellvertretender DGL bei der PI Alt-Saarbrücken und nebenamtliches Mitglied der Verhandlungsgruppe. Während des Studiums Mitglied der JAV, von 2009-2013 Landesjugendvorsitzender der JUNGEN GRUPPE Saarland und seit Ende 2015 stellvertretender Kreisgruppenvorsitzender der KG Saarbrücken-Stadt.

Bei der GdP-Mitgliederbefragung haben sich viele von euch für eine Verjüngung der Gewerkschafts- sowie Personalratsstrukturen ausgesprochen - diesem Ruf möchte ich nun folgen! Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich der Personalkörper in unseren Dienststellen fortwährend verjüngt, ist dies ein wichtiger und richtiger Schritt, der frischen Wind mit sich bringt. Als einer aus eurer Mitte - sei es vom Arbeitsbereich oder dem Alter her - weiß ich nur zu gut, wo die Probleme liegen. Ich möchte Personalratsarbeit greifbarer machen, auch in den vordersten Reihen der Polizeiarbeit präsent und ansprechbar sein und mich für euch stark machen. Bei den anstehenden Wahlen habt ihr die Möglichkeit, eurer Personalvertretung ein neues Gesicht zu geben. Grundsätzlich wählen zu gehen ist der erste Schritt, uns eure Stimme zu geben der nächste. Ich freue mich auf eure Unterstützung!

Personalabbau stoppen

Der Personalabbau muss gestoppt werden! Die Belastungsgrenze ist bei uns allen erreicht; in vielen Dienststellen sogar überschritten. Neue Herausforderungen wie z.B. Terrorismus, Flüchtlingskrise oder Einbrecherbanden können so kaum noch zusätzlich bewältigt werden. Jetzt schon droht der Verlust der Bürgernähe sowie unserer Berufszufriedenheit. Vielfach leidet auch die Arbeitsqualität. Das muss aufgehört! Manchmal stehen wir alleine da. Wir brauchen Verstärkung!



JUNGE GRUPPE



David Maaß, Landesjugendvorsitzender

Die Personalratswahlen stehen vor der Tür, und wir sind als GdP gut und vor allem jung aufgestellt! Bei der Bildung der Listen hat die JUNGE GRUPPE aktiv mitgewirkt und auf eine Verjüngung der Strukturen gedrängt. Wie aus unseren Listen hervorgeht, ist uns dies auch gelungen. Der Landesjugendvorstand ist nun in dieser Konstellation seit knapp 3,5 Jahren im Amt und ist mehr als nur aktiv! Bei anstehenden Aktionen können wir aus diesem Gremium auf knapp 35 junge Kolleginnen und Kollegen zurückgreifen und konnten durch diese Personalstärke in der vergangenen Zeit einiges bewegen. Als kleines Beispiel möchte ich hier die Tatsache erwähnen, dass wir bei der zurückliegenden JAV-Wahl alle Kandidatinnen und Kandidaten gestellt haben. Von den übrigen Gewerkschaften wurde hingegen niemand zur Wahl gestellt. Ich möchte euch bitten, eure Stimme der Gewerkschaft der Polizei zu geben, denn wir sind eure Stimme! Für eine starke Gewerkschaft der Polizei! Für euch!

Wir als JUNGE GRUPPE haben in den zurückliegenden Jahren viele Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen erreicht. Das sind wichtige Grundsteine, auf die wir unsere Arbeit in der Zukunft aufbauen.



Nach den zwei schmerzhaften Jahren 2014 und 2015, in denen nur jeweils 80 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt wurden, startete die JUNGE GRUPPE die in zahlreichen Medien bekannt gewordene Aktion „4 nach 5 vor 12“. Mit Postkarten „bewaffnet“, waren wir in insgesamt sechs saarländischen Städten unterwegs und kamen an unseren Infoständen mit der Bevölkerung ins Gespräch. Bei dieser „Saarland-Tournee“ konnten wir über 3000 Unterschriften auf unseren Postkarten sammeln, mit denen die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes zum Ausdruck brachten, dass sie sich nicht mehr ausreichend geschützt fühlen, wenn weiterhin Personal bei der Polizei abgebaut wird. Diese Postkarten überreichten wir dem Landtag und erhöhten so den Druck auf die Politik. Mit dem Einstellungsjahrgang P38 im Jahr 2016 wurden 110 neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt und somit die Vereinbarung des Koalitionsvertrages endlich wieder eingehalten.



In den letzten Legislaturperioden der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) haben wir sowohl den Vorsitz als auch alle weiteren Mitglieder dieses Personalvertretungsgremiums gestellt. Mit eurer Unterstützung führen wir in der neuen JAV diese Arbeit fort. Bei der anstehenden Personalratswahl schicken wir als Junge Gruppe auch Kandidatinnen und Kandidaten im Bereich des ÖPR und des PHPR ins Rennen. Bei der Gestaltung des neuen Studienplans und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Fachbereich Polizei der FHSV konnten wir uns mit einbringen und eine deutliche Erhöhung des Stundenanteils an Einsatztraining in der Ausbildung erreichen. 2015 haben wir ein Pilotprojekt mit vier ballistischen Schutzschilden angeregt. Die Anzahl der Schutzschilde wurde mit Einführung der OpE auf insgesamt sechs Schilde erhöht. Diese ballistische Schutz-ausstattung wird zurzeit bei allen Presseterminen der OpE präsentiert und findet in den Einsatzlagen der OpE ihre Anwendung. In einem Innenministertgespräch haben wir die Notwendigkeit eines Sicherheitsholsters anschaulich demonstriert. Das neue Sicherheits-



Unsere Kandidaten für die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) v.l.n.r. Steven Hahn, Pascal Ebli, Lina Wiedemann, Lukas Obermann, Benjamin Porzel, Aline Heinrich, Marcel Blank, Luisa Naumann

holster wurde bereits an die ersten Einheiten verausgabt, und auch der WSD wird es erhalten. Weiterhin wurde von uns das Aushändigen eines Reservemagazins für die Dienstpistole gefordert. Auch diese Forderung ist in den Sicherheitspaketen umgesetzt. Die ersten Beamten sind bereits mit dem Magazin und dem entsprechenden Holster ausgestattet.

Ganz besonders stolz ist die JUNGE GRUPPE auf eine hart erkämpfte Errungenschaft: Die Anschaffung von Überziehschutzwesten.

Sie wird bereits ab Mai dieses Jahres umgesetzt. In zahlreichen Gesprächen, mit wissenschaftlichen Arbeiten untermauert, konnten



wir davon überzeugen, dass gerade im Wach- und Streifendienst eine Überziehschutzweste unabdingbar ist. Dadurch wird der Tragekomfort für die Kolleginnen und Kollegen deutlich erhöht, da die Weste im Dienstgebäude und bei langen Schichten immer wieder ohne großen Aufwand abgelegt werden kann. Eine komplette Neuanschaffung war dazu nicht nötig. Die bisherigen Unterziehschutzwesten können mit einer taktischen Hülle problemlos und kostengünstig als Überziehschutzweste umgerüstet werden. Bereits jetzt erhalten wir schon sehr viel positive Rückmeldung, und die Kolleginnen und Kollegen freuen sich auf ihre neue Ausrüstung. Diese taktische Hülle steigert deutlich die Akzeptanz zum Tragen bei den Beamtinnen und Beamten im WSD und führt gerade bei langen Einsätzen zu bedeutend mehr Sicherheit und Komfort.

2016 hatte die Gewerkschaft der Polizei zum ersten Mal einen Bundesminister in ihrer Geschäftsstelle zu Gast. Auf Einladung der JUNGEN GRUPPE besuchte uns Bundesjustizminister Heiko Maas und tauschte sich mit uns über das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte und eine Novellierung des Paragraphen 113 StGB aus. In diesem Gespräch konnten wir den Minister davon überzeugen,



dass es unabdingbar ist, Polizisten in ihrem Dienst auch außerhalb von Vollstreckungshandlungen gegen tätliche Angriffe gesetzlich zu schützen.

Im März 2017 organisierte die JUNGE GRUPPE eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion, in der der Bundesjustizminister die nun auf den Weg gebrachte Novellierung der Paragraphen 113 ff StGB vorstellte und anschließend eine Diskussion unter dem Motto „Schützt der Staat seine Amtsträger wirklich?“ stattfand. Podiumsteilnehmer waren der Soziologe, Gewalt- und Konfliktforscher Prof. Dr. Roland Eckert, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesjustizminister Heiko Maas, Landespolizeipräsident Norbert Rupp und unser Landesbezirksvorsitzender Ralf Porzel.

Vor über 150 Gästen fand eine spannende Diskussion statt, in der wir



Gewerkschaft der Polizei

der Ministerpräsidentin ein eindeutiges „NEIN“ zur Wiedereinführung des „Mittleren Polizeivollzugsdienstes“ entlocken konnten.

Weiterhin stellte die JUNGE GRUPPE ihre Aktion „250€ Unsere Schmerzgrenze!“ vor. Mit dieser Aktion fordern wir die sog. Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldanspruch auch im Saarländischen Beamten-gesetz zu verankern. Bislang ist sie schon in fünf Bundesländern geregelt und ein eindeutiges Zeichen des Staates, dass er hinter seinen durch Tätlichkeiten verletzten Beamtinnen und Beamten steht. Wenn diese verletzt werden und vor Gericht Schmerzensgeldanspruch zugesprochen bekommen, der Täter aber nicht zahlen kann, greift ab einer Bagatellgrenze von 250€ die Erfüllungsübernahme. Der Staat tritt mit dem Schmerzensgeld in Vorlage und nimmt dann den Täter in Regress. Den Beamtinnen und Beamten wird also weitgehend das Vollstreckungsrisiko vom Staat abgenommen.



Gewerkschaft der Polizei

Impressum:

„Wahlzeitung der GdP Saarland zu den Personalratswahlen 2017“
Herausgeberin:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
- Landesvorstand -

Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Tel.: 0681 8412410
gdp-saarland@gdp-online.de
gdp-saarland.de
Alle Texte und Bilder: GdP Saarland